

KNU-Führer verstorben

Der Führer der Karen National Union (KNU), General Bo Mya, ist am 24. Dezember 2006 im Alter von 79 Jahren gestorben. Zwischen 1976 und 2000 war Bo Mya Präsident der KNU, einer der größten Rebellenorganisationen Burmas. Der Gesundheitszustand des Rebellenführers, der unter anderem an Diabetes und Bluthochdruck litt, hatte sich in letzter Zeit zunehmend verschlechtert. Bo Mya hat seit der Unabhängigkeit Burmas für die Anerkennung von Rechten der Karen gekämpft. In seiner Jugend diente er sowohl bei den japanischen als auch bei den britischen Kolonialkräften. Nach den landesweiten Demonstrationen von 1988 nahm General Bo Mya zahlreiche demokratische Gruppen auf, die an die thailändisch-burmesische Grenze geflohen waren und arbeitete mit ihnen zusammen. Er war maßgeblich an der Bildung von politischen und militärischen Allianzen wie der National Democratic Front (NDF), der Democratic Alliance of Burma (DAB) und dem National Council of the Union of Burma (NCUB) beteiligt. 2004 initiierte er Friedensgespräche mit der burmesischen Militärregierung und verhandelte eine Waffenruhe mit dem SPDC, was die Anzahl und Intensität der Offensiven gegen die Karen jedoch nicht reduzierte. An der Beerdigung des Generals nahmen 10.000 Menschen teil, einschließlich thailändischer Armeeoffiziere und Vertreter der Militärregierung.

vgl. Independent Mon News Agency 24.12.06, Irrawaddy, 26.12.06; 5. 2.07

Rotes Kreuz musste Büros schließen

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ist im November 2006 angewiesen worden, fünf Feldbüros in Mandalay, Moulmein im Mon-Staat, Pa-an im Karen-Staat, Taunggyi und Kengtung im Shan-Staat zu schließen. Damit war es für die Organisation unmöglich, die meisten Hilfs- und Schutzprogramme für die Zivilbevölkerung in den sensiblen Grenzgebieten durchzuführen. Im Dezember durften sie wieder geöffnet werden. Thierry Ribaux, stellvertretender Leiter der Delegation des IKRK, sagte, der Innenminister Generalmajor Maung Oo habe die

Wiedereröffnung bestätigt und begrüßte diesen Entschluss. Über die Modalitäten der Arbeit in den Grenzgebieten müsse jedoch noch diskutiert werden. Besuche bei Gefangenen, die seit Dezember 2005 eingestellt wurden, dürfen nicht wieder aufgenommen werden. In einer Stellungnahme erklärte das IKRK, dass es diese Entscheidung der burmesischen Behörden zutiefst bedaure, da sie die Errungenschaften für die verletzlichsten Bevölkerungsgruppen gefährde.

vgl.: International Committee of the Red Cross 27.11.06, Irrawaddy 28.11.06;

Keine Sicherheitsrats-Resolution zu Burma

China und Russland haben gegen einen Resolutionsentwurf der USA im Weltsicherheitsrat ein Veto eingelegt. Über den Entwurf ist am 12. Januar 2007 abgestimmt worden. Auch Südafrika war gegen die Verabschiedung einer Sicherheitsratsresolution. Indonesien, Katar und die Republik Kongo enthielten sich der Stimme. Die neun Länder, die für den Entwurf stimmten, waren neben den USA und Großbritannien Belgien, Frankreich, Ghana, Italien, Panama, Peru und die Slowakei. Obwohl in der Minderheit

konnten China und Russland die Resolution vereiteln, da sie als ständige Sicherheitsratsmitglieder über ein Vetorecht verfügen. Beide Länder betrachten Burma nicht als Gefahr für den internationalen Frieden und die Sicherheit. Chinas UN-Vertreter Wang Guangya drückte allerdings sein Bedauern darüber aus, dass Burma nicht zügig Stabilität erreiche. Er drängte das Militärregime zu »inklusive Demokratie« und einer Beschleunigung der Prozesse von Dialog und Reform.

vgl. 12., 14. 1.07, 10., 11. 1.07

Amnestie für Gefangene

Die fünf Ende September 2006 inhaftierten Aktivisten der 88er-Studentengeneration sind wieder auf freiem Fuß. Die Freilassungen kamen kurze Zeit nach einem neuerlichen Ruf nach Gewährung politischer Freiheiten durch die Außenminister anderer südostasiatischer Staaten und kurz bevor im Weltsicherheitsrat über eine Resolution zu Burma abgestimmt wurde. Den fünf Aktivisten – Min Ko Naing, Ko Ko Gyi, Htay Kywe, Min Zeya und Pyone Cho – gehe es gut. Sie waren in Untersuchungshaft genommen worden, wurden aber nicht formell angeklagt. Ihnen war vorgeworfen worden, ter-

roristische Anschläge zu planen und aus dem Ausland finanziert zu werden. Im Vorfeld der Feierlichkeiten für den Unabhängigkeitstag am 4. Januar hat das burmesische Militärregime nach eigenen Angaben 2.831 Gefangene begnadigt, darunter auch mindestens 27 politische Häftlinge. Staatliche Zeitungen berichteten, dass es sich bei den Freigelassenen um Gefangene handelt, deren »moralisches Verhalten und deren geistige Werte sich zum Besseren gewandelt haben«.

vgl. Irrawaddy 4., 11.1.07; 02.01.07

Kampf gegen HIV/AIDS

Burma kämpft mit einer der schlimmsten HIV/AIDS-Epidemien in Asien, ein Kampf, der durch die geringen Mengen an internationaler Hilfe, die die Militärregierung erhält, nur noch härter wird. Auch wenn sich die Verwendung von Kondomen seit 1999 mehr als verdreifacht hat und der Zugang zu antiretroviraler Behandlung bedeutend angestiegen ist, müssen die HIV/AIDS-Dienste stark erhöht werden, so Brian Williams, UNAIDS-Landesdirektor in Burma. UNAIDS schätze, dass 2005 etwa 360.000 Menschen mit dem Virus lebten. Etwa 1,3 Prozent der Erwachsenen waren mit dem HIV-Virus infiziert. Das offizielle HIV/AIDS-Programm hat ein Budget von 200.000 US-Dollar – nur 60 US-Cent pro Person.

Die Bevölkerungsschicht mit dem größten Ansteckungsrisiko sind Prostituierte, ihre Kunden, Migrantenarbeiter und Homosexuelle. Es gab Probleme beim Zugang zu diesen Bevölkerungsgruppen, aber UNAIDS betont, dass mehr Unterstützung von den Behörden komme als früher. Eine interne Polizeidirektive, die vor einigen Jahren erlassen wurde, besagt, dass das Mit-Sich-Führen von Kondomen nicht als Beweismittel für Prostitution verwendet werden kann.

»Es wurden in den letzten fünf Jahren auf alle Fälle mehr Kondome verwendet – wir haben es gesehen und wir arbeiten daran, das noch weiter zu erhöhen«, so einer der Mitarbeiter.

Ein relativ neues UNICEF-Programm in Burma, das es in den Nachbarstaaten seit langer Zeit

gibt, verfolgt den Ansatz, mit buddhistischen Führern zu arbeiten, um die Vermeidung von AIDS zu fördern und das Stigma zu reduzieren.

Eine Gruppe von lokalen und ausländischen NGO bietet nun eine Reihe von Versorgungs- und Präventionsmaßnahmen an. »Über einer Million Menschen soll durch das Programm geholfen werden. Wir werden in Krankheits-Hochburgen wie den nördlichen Staaten arbeiten, wo es viel Migration und damit eine hohe Anfälligkeit gibt«, sagte Andrew Kirkwood, Leiter von Save the Children Myanmar, eine der NGO, die die Initiative leiten.

Stigma und Diskriminierung sind ernsthafte Hindernisse bei dem Versuch, die Epidemie zu bekämpfen. Die Selbsthilfegruppen, die sich mit Vorurteilen auseinandersetzen – ganz normal in anderen Ländern in denen HIV/AIDS vorherrscht – sind in Burma selten. Hauptgrund ist die Abneigung der Regierung gegen jede Art organisierter Aktivitäten außerhalb ihrer Kontrolle. Aber die Zahl solcher Gruppen nimmt zu, und es gibt jetzt mehr als 30 im Land. »Die Regierung ist nach wie vor misstrauisch gegenüber den wenigen informellen HIV/AIDS-Unterstützungsgruppen, die existieren«, so Choo Phuah, Landesdirektor der internationalen HIV Allianz in Burma. »Aber wir arbeiten daran, sie zusammenzubringen, um eine Organisation zu schaffen, die den Staat beeinflussen und versichern kann, dass wir nur den Infizierten helfen wollen.«

vgl.: IRIN News, 2.2.07

Medien weiterhin in eisernem Griff

Mit der andauernden Inhaftierung des Journalisten U Win Tin hält das burmesische Militärregime die Medien weiterhin in eisernem Griff, so die Gruppe für Pressefreiheit mit Sitz in Paris in ihrem Jahresbericht 2007. Vincent Brossel, Asien-Pazifik-Verantwortlicher bei Reporter ohne Grenzen, sagte, dass es weiterhin zu willkürlichen Verhaftungen von Journalisten komme, strikte Zensurgesetze angewendet würden und es ausländischen Journalisten verboten sei, Burma zu besuchen. »Die Tatsache, dass Menschen wegen ihrer Artikel im Gefängnis sind, ist ein klarer Ausdruck der Politik der Junta: Wenn du gegen das Gesetz verstößt, kannst du ins Gefängnis kommen«, so Brossel. Der Bericht besagt, dass die Junta 2006 neue Zeitschriften zuließ, ein scheinbar neues Zeichen von Offenheit. Im Oktober wurden ausländische Journalisten, von denen manche seit Jahren nicht ins Land einreisen durften, eingeladen, über die Wiederaufnahme der Arbeit des Nationalkonvents an einer neuen Verfassung zu schreiben.

Die Sicherheitsdienste, die innerhalb des Militärischen Sicherheitsdienstes reorganisiert wurden, haben die Überwachung der Presse jedoch erhöht. Es wird berichtet, dass Zivilisten ausgebildet wurden, »Informanten« internationaler Medien zu identifizieren, so der Bericht.

Neben willkürlichen Verhaftungen von Journalisten hat die Junta auch ihre Kapazitäten beim Abhören von Telefonen erhöht. Ein Ziel ist, das Telefonieren via Internet durch das Verbot von Googles G-Talk zu unterbinden. In einem Versuch, der Kritik durch die internationalen Medien etwas entgegenzusetzen, hat die Junta im Februar 2006 eine Gruppe von burmesischen Journalisten und lokalen Korrespondenten internationaler Medien in Rangun aufgefordert, auf die Kritik der ausländischen Presse zu reagieren.

vgl.: Mizzima News, 2.2.07